

Liberales Schwule und Lesben Baden-Württemberg

Die Liberalen Schwulen und Lesben fordern:

...in der Familienpolitik:

- Die Einführung von Mehrelternschaften, um bei der Stiefkindadoption das Verwandtschaftsverhältnis zu beiden leiblichen Elternteilen ermöglichen zu können
- Die Etablierung von Möglichkeiten zur rechtswirksamen Ausgestaltung familiärer Beziehungen schon vor der Empfängnis
- Die Einführung eines eigenständigen Reproduktionsmedizin-Gesetzes, in welchem die Reproduktionsmedizin allen Menschen gleich offensteht, hierbei auch Zulassung der Eizellspende und der Leihmutterchaft unter Bedingungen, die das Ausnutzen von Notlagen verhindern

...in der Schulpolitik:

- Den Abbau von Heteronormativität sowie Vermittlung unterschiedlicher Partnerschafts- und Familienmodelle
- Die fächerübergreifende Behandlung der sexuellen Orientierung und Identität, da Menschen in erster Linie soziale - und nicht nur sexuelle - Wesen sind
- Die Vermittlung von Vielfalt als verpflichtenden Baustein in der Lehrer*innenaus- und -weiterbildung

...in der Wirtschaftspolitik:

- Die ausreichende Verankerung von ganzheitlichem Diversity Management in der beruflichen Bildung und Fortbildung
- Die Förderung von Best-Practice-Dialogen zur Umsetzung eines ganzheitlichen Diversity Managements im Mittelstand
- Die Sensibilisierung von Fachkräften in der Altenpflege und Altenarbeit für die Belange von älteren LSBTTIQ*s

...in der Frage der Menschenrechte:

- Der Schutz von LSBTTIQ*s ist ein Kern der Menschenrechtspolitik; diese ist Führungsaufgabe des Bundesaußenministers; die Entwicklungszusammenarbeit, muss wieder in den Dienst der Menschenrechte gestellt werden
- Die Kürzung der Budgethilfe in der Entwicklungszusammenarbeit wenn Strafen gegen LSBTTIQ*s nicht abgebaut werden - keine Kürzung bei Projekten für die Bevölkerung vor Ort
- Die Sensibilisierung von Mitarbeitenden in Flüchtlingseinrichtungen für die besonderen Belange von LSBTTIQ*s, die sich in derartigen Einrichtungen einfinden

Aussagen zu den Wahlprüfsteinen des LSVD BW und IG CSD Stuttgart vor der Landtagswahl...

			Im Koalitionsvertrag enthalten ist:
1. Aktionsplan „Für Vielfalt und gleiche Rechte“			
2. LSBTTIQ in Lehrplänen und Unterrichtsmaterialien			
3. Unterstützung von queeren Flüchtlingen			
4. LSBTTIQ in Baden-Württemberg stärken			
5. Regenbogenfamilien stärken			
6. Hasskriminalität bekämpfen			
7. Umgang mit „Homo-Heilern“			
8. Homo- und Transphobie im Sport bekämpfen			
9. Stärkung von Aufklärungs- und Präventionsprojekten in Städten und Gemeinden			
10. Öffnung der Ehe			
11. Ergänzung Art. 3 GG um das Merkmal „Sexuelle Identität“			
12. Internationaler Menschenrechtsschutz von LSBTTIQ			

...und das blieb von den Aussagen im Koalitionsvertrag zwischen Grün-Schwarz übrig:

Unseren Respekt und unsere Anerkennung verdienen alle Familienmodelle.

Wir wollen Familien stärken, gleichgültig ob diese sich als modern oder traditionell verstehen.

Der Aktionsplan „Für Akzeptanz und gleiche Rechte in Baden-Württemberg“ soll auf seine Wirksamkeit hin evaluiert werden.

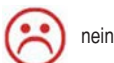
Darüber hinaus wollen wir diejenigen schützen, die aufgrund ihres Glaubens oder ihrer sexuellen Orientierung Diskriminierung ausgesetzt sind.

Wir werden eine Anlaufstelle für Betroffene jeder Art der Diskriminierung einrichten.

Wird keine Übereinkunft über das Abstimmungsverhalten erzielt, so enthält sich das Land im Bundesrat.



ja



nein



vage Antwort